

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 10.12.2015

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister:
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender:
Michael Fischer

Ratsmitglieder:

Prof. Dr. Hans Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß, Medeni Coskun, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Martina Esser, Horst-Dieter Freygang, Horst Herckelrath, Axel Homfeldt, Martin von Heynitz, Bernhard Jongebroed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Joachim Müller, Hans Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Manfred Schmitz, Elfriede Schwitters, Melanie Sudholz, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, BOAR Theodor Kramer, VA Olaf Kollmann, StOAR Elke Idel, StOAR Thomas Berghof, VA Ingrid Eggers

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder Elena Kloß, Ralf Thiesing, Andrea Wilbers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Fischer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Besonders begrüßt er die Einwohner/-innen aus Sillenstede, die dem Rat heute eine Unterschriftenliste für den Erhalt der Grundschulen und Turnhallen der Stadtteile übergeben möchten. Die Sitzung wird für die Übergabe der Unterschriftenliste unterbrochen.

Herr Matthias Busch, Vorsitzender der Dorfgemeinschaft und des Bürgervereins Sillenstede, dankt dem Rat dafür, dass die Einwohner/-innen aus Sillenstede ihr Anliegen in der heutigen Ratssitzung vortragen dürfen und stellt den Stadtteil kurz vor.

Der 5 km vom Stadtkern entfernt liegende Stadtteil „Sillenstede“ sei ein lebendiges Dorf. Jedoch bestünden bei den Einwohnerinnen und Einwohnern große Sorgen hinsichtlich des Erhalts der Grundschule, des Kindergartens und der Sporthalle. Denn ohne diese Einrichtungen sei Sillenstede wenig attraktiv für junge Familien und andere Bürger/-innen und dies würde unweigerlich dazu führen, dass Sillenstede zu einem „Schlafdorf“ mutieren würde. Diese Entwicklung könne man bundesweit schon in vielen Städten und Gemeinden beobachten.

Vom Bürgerverein und der Dorfgemeinschaft sei daher mit großer Unterstützung des Turn- und Sportvereins Sillenstede sowie anderen freiwilligen Helferinnen und Helfern eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Grundschule, des Kindergartens und der Sporthalle ins Leben gerufen worden, um die Attraktivität des Wohnens auch außerhalb des Stadtzentrums und somit den intakten dörflichen Charakter auch zukünftig zu erhalten.

Ziel dieser Aktion sei es, noch vor den Kommunalwahlen 2016 einen Beschluss des Stadtrates und nicht einzelner Parteien oder Personen zum Erhalt der Grundschulen, Kindergärten und Sporthallen in allen Stadtteilen zu erhalten.

Herr Busch weist darauf hin, dass der Stadtteil Sillenstede über 2.000 Einwohner/-innen hat und 1.135 gesammelte Unterschriften eine deutliche Sprache sprechen, zumal Kinder und Jugendliche auf den Listen nicht unterschreiben durften. Er bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für die Unterstützung und Aufmerksamkeit. Anschließend übergeben die Vertreter/-innen der Vereine RV Fischer die Unterschriftenliste.

RV Fischer bedankt sich im Namen des Rates für die Unterschriftenliste und sagt zu, diese an die zuständigen Ratsgremien zur Beratung weiterzuleiten.

Anschließend wird die Sitzung fortgeführt.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RM Riemer beantragt, die Beratung der Tagesordnungspunkte 16./16.1 Vorlage des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 26.11.2015 - „Antrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2015 - Fassung eines Grundsatzbeschlusses zum Erhalt aller Schul- und Sporthallenstandorte AN-Nr: 11/0153“ vorzuziehen, damit die anwesenden Bürger/-innen nicht so lange auf die Beratung warten müssen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 16. und 16.1 werden als Tagesordnungspunkte 9. und 9.1 aufgenommen. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2015 - öffentlicher Teil

RM Kaderhandt beantragt, ihren Namen aus der Auflistung der anwesenden Ratsmitglieder zu streichen, da sie an der Sitzung nicht teilgenommen hat.

Die Niederschrift wird mit dieser Änderung genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Ergebnis der Bereisung der Schulen, Turnhallen und Kindertagesstätten

Die Mitglieder des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses haben im September dieses Jahres alle sieben Grundschulen, die Turn- und Sporthallen sowie alle in Trägerschaft der Stadt und in Trägerschaft der Evangelischen und Katholischen Kirche befindlichen Kindertagesstätten besichtigt.

Der Verwaltungsausschuss hat in der Sitzung am 13.10.2015 als Ergebnis der Bereisung die Verwaltung beauftragt, die verbesserungswürdigen Aspekte, die sich anlässlich der Bereisungen ergeben haben, in einem Konzept über die Weiterentwicklung der räumlichen Infrastruktur und Ausstattung zusammenzustellen, die Kosten zu ermitteln und einen Vorschlag für die schrittweise Umsetzung – auch unter Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten, u. a. Inklusion und Migration – vorzubereiten.

Bei der Bereisung konnte festgestellt werden, dass sich die Einrichtungen in einem gepflegten Zustand befinden. Größerer Handlungsbedarf ist jedoch an den Turnhallen in Glarum und in Sillenstede vorhanden.

Die Verwaltung wird entsprechend dem Beschluss die beauftragten Vorschläge entwickeln.

6.2. Arbeitskreis Integration

Die Verwaltung hat kürzlich im Fachausschuss einen ausführlichen Bericht zur Situation der Migrantinnen und Migranten in Schortens abgegeben. Bis Ende Januar 2016 werden der Stadt Schortens 217 Flüchtlinge zugewiesen sein.

Die Stadt ist in der Lage, alle Migrantinnen und Migranten entweder in stadteigenen Wohnungen oder in hierfür angemietetem Wohnraum unterzubringen. Die Mitteilung der neuen Quote der aufzunehmenden Menschen wird im Januar 2016 erwartet. Ziel ist weiterhin die dezentrale Unterbringung.

Mit Blick auf die Integration hat vor wenigen Tagen unter Leitung von Bürgermeister Böhling erstmals der „Arbeitskreis Integration“ getagt. Neben den Integrationslotsinnen und -lotsen waren Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Vereinen und Verbänden eingeladen.

Es wurde vereinbart, fünf Arbeitsgruppen mit verschiedenen Arbeitsschwerpunkten zu bilden. Es sind dies die Arbeitsgruppen

- Integrationslotsen,
- Freizeit,
- Soziale Leistungen und Angebote inkl. Arbeitsmöglichkeiten,
- Integration in öffentlichen Einrichtungen und die Arbeitsgruppe
- Sprachförderung.

Diese kleinen Gruppen, die von Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung geleitet werden, sollen sich erstmals im Januar 2016 treffen. Die Ergebnisse sollen dann in der Leitungsgruppe, der neben dem Bürgermeister auch Vertreter/-innen der Fraktionen des Rates angehören, zusammengetragen werden. Es geht im Ergebnis darum, den Migrantinnen und Migranten schnellstmöglich ein „normales“ Leben in der Stadt Schortens zu ermöglichen.

Dies ist aufgrund des hohen Engagements der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte und aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Personalstellen durch den Rat ohne jegliche Einschränkung von Leistungen an anderer Stelle im Haushalt der Stadt, insbesondere im sozialen Bereich, möglich.

6.3. Baumaßnahmen

BM Böhling teilt mit, dass die Stadt im fast abgelaufenen Jahr insgesamt ca. 3,8 Mio. Euro „verbaut“ hat. Allein für die laufende Straßenunterhaltung wurden in diesem Jahr 780.000,00 € aufgewendet.

Größere Maßnahmen waren Regen- und Schmutzwasserkanalsanierungen in der Lindenstraße und in der Lärchenstraße in Middelfähr mit finanziellen Aufwendungen von 550.000,00 bzw. 620.000,00 €.

Durch Investoren wurde der Erstausbau der Kanalisation sowie der Baustraßen in den neuen Baugebieten „Waldstraße“, „Lessingstraße/Uhlandstraße“ und „Am Freibad/Süd“ hergestellt.

Abgeschlossen wurde der Endausbau des Baugebietes „Burfenne“ durch die IDB und der Endausbau der Gesine-Koch-Straße durch die GEV.

Im Ergebnis wurden alle vom Rat und den städtischen Gremien beschlossenen Baumaßnahmen erledigt. Das ist sicherlich auch der Tatsache zu verdanken, dass der Haushalt 2015 im Dezember 2014 vom Rat beschlossen wurde und nach sehr schneller Genehmigung durch den Landkreis Friesland sehr zügig mit der Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahmen begonnen werden konnte.

Sofern heute der Rat dem Haushalt 2016 zustimmt, wird die Verwaltung schnellstmöglich mit der Baumaßnahme „Feuerwehr Sillenstede“ beginnen; der Bauantrag dazu ist bereits gestellt worden.

7. Feststellung des Sitzverlustes des Ratsmitglieds Fröber
SV-Nr. 11//1826

Es wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Es wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Herrn Hugo Fröber im Rat durch Verzichtserklärung vom 02.12.2015 beendet ist.

8. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines nachrückenden Ratsmitgliedes **SV-Nr. 11//1827**

BM Böhling nimmt die gem. § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorgeschriebene Belehrung über die den Ratsmitgliedern obliegenden Pflichten nach § 40 (Amtsverschwiegenheit), § 41 (Mitwirkungsverbot) und § 42 (Vertretungsverbot) vor und verpflichtet RM Coskun gemäß § 60 NKomVG.

BM Böhling und die Ratsmitglieder freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit mit Herrn Coskun.

9. Vorlage des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 26.11.2015

- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2015 - Fassung eines Grundsatzbeschlusses zum Erhalt aller Schul- und Sporthallenstandorte
AN-Nr: 11/0153

RM Borkenstein erklärt, dass er einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen möchte. Weiter führt er aus, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion für entbehrlich hält und er dies begründen möchte.

Der Wert eines solchen Beschlusses sei nach Ansicht seiner Gruppe so klein und die angebliche Beruhigung der Eltern und der Kinder aus Sillenstede und der anderen Schulstandorte in Schortens so minimal, dass sie diesen Antrag nicht unterstützen könne.

Man könne den Antrag heute beschließen und in drei Monaten könnte er aus finanziellen Gründen wieder zurückgenommen werden. Er habe also keinen Wert.

Er unterstreicht - insbesondere auch an die anwesenden Bürger/-innen aus Sillenstede gerichtet -, dass es in Schortens keine politische Kraft gibt, die an Schulstandorten und damit auch an Kindertagesstätten- Standorten rütteln wolle. Die Zahlen und Statistiken würden für sieben Schulstandorte in der Stadt sprechen und dabei werde es auch bleiben. Die SPD habe in ihrem Wahlprogramm 2011 die klare Aussage gemacht, dass kein Schulstandort geschlossen werde und dabei werde es auch bleiben.

Schon Anfang des Jahres als seine Gruppe bemerkt habe, dass es Kräfte in der Stadt und auch im Rat gibt, die Unruhe verbreiten wollten, sei sie mit ihrem Standpunkt an die Öffentlichkeit gegangen und habe ihre Grundhaltung noch einmal vertreten. Er versichert, dass es keine Schließung geben wird. Der Respekt vor der Nds. Kommunalverfassung und vor dem Stadtrat verbiete es seiner Gruppe, solche Spielchen mitzumachen.

Auf Nachfrage des RM Homfeldt bestätigt RM Borkenstein, dass es sich bei dem Antrag der SPD-FDP-Gruppe um einen Antrag zur Geschäftsordnung handelt.

RM Homfeldt entgegnet, dass RM Borkenstein nicht gesagt habe, dass es sich um einen Antrag auf Nichtbefassung handelt.

RM Borkenstein erwidert, dass er dies eingangs gesagt habe und erklärt, dass seine Gruppe einen Antrag auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes stellt.

Aus seiner Sicht, so RM Borkenstein, sei es nicht nötig, alle paar Wochen neue Themen aufzugreifen. Heute seien es die Schulen und die Kindertagesstätten, in denen Stimmung verbreitet werde und dann sage, man rette sie durch einen Antrag, in vier Wochen werde möglicherweise ein Antrag zur Erhaltung des Bürgerhauses gestellt und in acht Wochen ein Antrag auf Verzicht auf die Schließung der Stadtbücherei usw. Diese Spielchen, so RM Borkenstein, müsse man in Schortens wirklich nicht spielen.

Inzwischen würden Anträge, so RM Borkenstein, ohne und unabhängig vom Sinn des Inhaltes nach Laune und Tagesform des Antragstellers gestellt werden. Mal werde eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses beantragt, dann werde diese Sitzung bzw. der Antrag drei Tage später widerrufen. Dann werde die Errichtung eines Grundschulzentrums in der Beethovenstraße vorgeschlagen und kurz darauf gesagt, man wolle keinen Schulstandort schließen. Dies sei für ihn unverständlich.

RM Homfeldt verweist auf die auf eine Minute begrenzte Redezeit für eine Antragsbegründung auf Nichtbefassung.

RM Borkenstein entgegnet, dass dies nicht zutreffend sei. Für ihn stelle sich die Frage, warum die Ratsmitglieder nicht alle gemeinsam in Ruhe bis zum Sommer 2016 im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens arbeiten. Es gebe noch viel zu tun, so RM Borkenstein, und der bitte die Ratsmitglieder darum, diese Dinge anzupacken und in Ruhe und ohne Polemik zu versuchen, das Beste für die Stadt zu erreichen.

RM Sudholz ist über die Aussage des RM Borkenstein irritiert und verweist auf einen Artikel aus dem Jeverschen Wochenblatt, in dem sich RM Borkenstein zusammen mit Herrn Kasig für die SPD positioniert habe:

„Für die SPD-Fraktion sollte ein Sanierungsplan für die städtischen Liegenschaften aufgestellt werden. Wir werden 2015/16 nicht alles realisieren können sagte Borkenstein. In diesem Zusammenhang ging er kurz auf die bestehende Grundschullandschaft ein, die sich verändern werde. Borkenstein benutzte das Adjektiv schmerzhaft. Man müsse kein Prophet sein, nicht alle Grundschulstandorte würden erhalten bleiben, auch wenn er nicht den Empfehlungen des Zukunftsprozesses vorgreifen wolle.“

An RM Borkenstein gerichtet führt sie aus, dass sie dies einfach auf ihn wirken lasse. Vielleicht überdenke er den Begriff „Unruhe“ noch einmal ein bisschen genauer. Die CDU habe sich tatsächlich sehr geärgert. Sehr darüber geärgert, so RM Sudholz, dass die Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungsprozess...

RV Fischer unterbricht RM Sudholz und weist sie darauf hin, dass es sich um einen Antrag auf Nichtbefassung handelt und sie das Recht hat, eine Gegenrede mit einer Dauer von einer Minute zu halten.

RM Sudholz erklärt, dass sie bei der einen Minute noch nicht ganz angekommen war. Da dem Ratsmitglied Borkenstein die Zeit eingeräumt worden sei, bitte auch Sie, diese Zeit in Anspruch nehmen zu dürfen.

RV Fischer erteilt RM Sudholz die Zustimmung, ihren Redebeitrag fortzuführen.

RM Sudholz teilt mit, dass sich die CDU sehr darüber ärgert, dass die Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungsprozess nicht ernst genommen werden. Denn das Ergebnis sei, dass alle Grundschulstandorte erhalten bleiben sollen. Sie betont, dass es sich hierbei um ein sehr gutes Ergebnis handelt.

Auch habe sich ihre Fraktion über die Äußerung der Verwaltung, dass die Fassung von Grundsatzbeschlüssen „Augenwischerei“ sei, geärgert. Nach Meinung ihrer Fraktion werde damit die Ernsthaftigkeit und die Wertigkeit der Debatte über die Schulstandorte abgewertet und in Frage gestellt.

Ferner habe sich die CDU über die Bereitschaft der SPD geärgert, die Schulbezirke zu ändern und damit weitere Wege für die Kinder in Kauf zu nehmen, gleichzeitig aber nicht bereit sei, grünes Licht für den Grundsatzbeschluss zu geben und stattdessen die Entscheidung auf den nächsten Stadtrat schiebe. Sie bittet die Ratsmitglieder der SPD, sich so ehrlich zu machen, wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen. Es gehe tatsächlich nicht darum, was die CDU will.

RV Fischer unterbricht RM Sudholz nochmals mit Verweis auf die Geschäftsordnung des Rates und erklärt, dass gleich eine Abstimmung über die Nichtbefassung erfolgen wird. Da der Rat nach der Geschäftsordnung verfahren müsse, könne jetzt keine Debatte über das Für und Wider dieses Tagesordnungspunktes eröffnet werden.

RM Sudholz entgegnet, dass Herr Borkenstein ihres Erachtens deutlich länger geredet hat und sie ihren Beitrag gern zu Ende fassen möchte, es handele sich nur um zwei, drei Minuten.

RM Borkenstein weist darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung des Rates derjenige, der den Antrag gestellt hat, das Recht hat, diesen eine Minute zu begründen. Ein Antrag zur Geschäftsordnung jedoch könne 30 Minuten begründet werden. Er bittet den Bürgermeister um rechtliche Klärung.

BM Böhling führt aus, dass gemäß der vom Rat beschlossenen Geschäftsordnung der/die Antragsteller/-in eines Geschäftsordnungsantrages, der heute von RM Borkenstein im Namen der SPD-FDP-Gruppe gestellt wurde, seinen Antrag begründen darf und hierfür kein Zeitlimit vorgesehen ist.

Ferner regelt die Geschäftsordnung des Rates, dass ein/eine Antragsteller/-in, heute die CDU-Fraktion, die Möglichkeit hat, den Antrag maximal eine Minute zu begründen.

Anschließend lässt RV Fischer über den Antrag der SPD-FDP-Gruppe auf Nichtbefassung abstimmen.

Dem Antrag wird bei 22 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen zugestimmt.

10. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 13.10.2015

10.1. Überplanmäßige Aufwände für Reparatur Mühlenscheune Accum und Zaun Sportplatz Klosterpark **SV-Nr. 11//1767**

StOAR Idel trägt den nachfolgend aufgeführten Beschluss des Verwaltungsausschusses vor:

- 1. Für die Reparaturarbeiten an der Accumer Mühle werden Mittel in Höhe von 25.000 Euro nach § 117 Abs. 1 i.V.m. § 89 NKomVG überplanmäßig bereitgestellt.**
- 2. Für die Reparatur des Zauns bei der Sportanlage Klosterpark werden Mittel in Höhe von 26.000 Euro nach § 117 Abs. 1 i.V.m. § 89 NKomVG überplanmäßig bereitgestellt.**

Die Eilentscheidung des Verwaltungsausschusses ist dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses wird zur Kenntnis genommen.

11. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 10.11.2015

- 11.1. Besetzung der Sitze in den Gremien der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH **SV-Nr. 11//1803**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Es wird festgestellt, dass die Sitze in den Gremien der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH mit folgenden Ratsmitgliedern besetzt sind:

Aufsichtsrat: RM Thiesing,
Vertreter: RM Fischer

Gesellschafterversammlung
RM Hans Müller Vertreter: **RM Eggerichs**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlage des Freizeitbad-Ausschusses vom 11.11.2015

- 12.1. Antrag des RM Prof. Dr.-Ing. Appel auf Einstellung der Planung zur Herstellung von Holzpellets und deren Verbrennung in einem Biomasse-Heizkessel in der Energiezentrale am Hallenbad Schortens wegen Unwirtschaftlichkeit **AN-Nr: 11/0151**

RV Fischer teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag zur Geschäftsordnung der SPD-FDP-Gruppe auf Nichtbefassung vorliegt.

RM Borkenstein möchte den Antrag begründen. Vor drei Jahren am 11. Dezember 2012 sei das erste Mal über die Wärmekonzepterstellung im Fachausschuss beraten worden. Im Januar 2013 habe man den gleichen Tagesordnungspunkt „Wärmekonzepterstellung für das Freizeitbad“ erneut beraten.

Ebenfalls im Monat Januar 2013 habe es eine weitere Sitzung gegeben, in der zur Wärmekonzepterstellung für das Freizeitbad einstimmig folgender Beschluss gefasst worden sei:

„Auf der Grundlage des konkreten Planungsergebnisses wird die endgültige Idealkonstellation der Energieversorgung festgelegt.“

Eine weitere Beratung hierüber sei dann im April 2014 wieder im Freizeitbad-Ausschuss erfolgt, in dem der nachfolgende Beschluss gefasst worden sei:

„Die Verwaltung wird beauftragt, das Wärmekonzept der Variante 1 umzusetzen.“

Dies zeige, so RM Borkenstein, dass Beschlüsse – auch Ratsbeschlüsse - gefasst, aber auch jederzeit mit Mehrheiten wieder gekippt werden können, wenn dies als notwendig erachtet werde. Es sei dahingestellt, ob dies klug sei.

Im November 2015 sei im Freizeitbad-Ausschuss der Antrag des Ratsmitgliedes Prof. Dr. Appel auf Einstellung der Planung zur Herstellung von Holzpellets und deren Verbrennung in einem Biomasseheizkessel“ sehr lange beraten worden. Der Ausschuss sei fair gewesen und habe Herrn Appel, der kein Mitglied des Ausschusses ist, fast unbegrenztes Rederecht eingeräumt. Es habe viele Dialoge zwischen dem Ingenieur, der das Konzept vorgestellt hat, und Herrn Appel gegeben. RM Borkenstein unterstreicht, dass die Fachleute ihre Positionen ausgetauscht haben und der Fachausschuss mehrheitlich zu der Überzeugung gelangt sei, dass das Konzept und die Berechnungen von dem Dipl.-Ing. Peselmann stimmig sind.

Der Verwaltungsausschuss habe dann, was für ihn sehr entscheidend sei, zwei Wochen später die Auftragsvergabe der Ingenieurleistungen für die Energiezentrale beschlossen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphasen 1 bis 6 zu vergeben.“

Da über die Angelegenheit drei Jahre beraten und der Auftrag vergeben worden sei, halte die SPD-FDP-Gruppe den Antrag für entbehrlich. Im Grunde genommen sei es dann auch erforderlich, so RM Borkenstein, bestehende Beschlüsse zurückzunehmen. Seine Gruppe bitte daher um Nichtbefassung.

RM Prof. Dr. Appel betont, dass er sich nicht gegen eine Laubverbrennung ausspricht. Er unterstütze den Erhalt des Bades, welches seiner Ansicht nach jedoch möglichst preiswert betrieben werden sollte.

Im Laufe der von RM Borkenstein zuvor dargestellten Beratungszeit habe er durch Nachberechnungen festgestellt, dass es sich bei der Laubverbrennung um eine teure Angelegenheit handelt, die der Stadt jährlich 50.000,00 bis 80.000,00 € gegenüber einem Gaskessel kosten würde. Aus diesem Grunde habe er diesen Antrag gestellt.

Der Rat habe bisher noch nie über das Konzept der Energiezentrale, die eine hervorragende Sache sei, weil sie sehr viel Geld spart, beraten. Ohne Laubverbrennung spare diese jedoch viel mehr Kosten ein. Daher halte er es nicht für richtig, seinen Antrag abzuwerten.

RV Fischer lässt im Anschluss über den Antrag der SPD-FDP-Gruppe auf Nichtbefassung abstimmen.

Dem Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Anschließend erfolgt auf Antrag von RM Ottens eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung teilt **RM von Heynitz** mit, dass sich seine Fraktion mit der CDU abgestimmt und Einigkeit darüber erzielt habe, dass sie dieses in Anführungszeichen „Theater“ nicht mehr mitmachen werden.

Für beide Fraktionen sei es kein demokratischer Prozess, über aktuelle Themen, die ihnen wichtig seien, nicht mehr reden und beraten zu dürfen. Er betont, dass sich die beiden Fraktionen gerade nicht mehr ernst genommen fühlen. Es täte ihnen leid, so RM von Heynitz, aber unter diesen Umständen seien sie nicht bereit, weiter an der Sitzung teilzunehmen.

Die Mitglieder der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ und der CDU-Fraktion verlassen daraufhin die Sitzung.

RM Borkenstein erklärt, dass die SPD-FDP-Gruppe die heutigen Anträge auf Grundlage der Geschäftsordnung des Rates gestellt hat, auf der die Arbeit des Stadtrates beruht. Daher sei es nicht richtig, seiner Fraktion ein fehlendes bzw. falsches Demokratieverständnis zu unterstellen.

13. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 03.12.2015

13.1. Haushalt 2016, Investitionsprogramm 2017-2019 **SV-Nr. 11//1789/1**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs dankt der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes und teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

StOAR Idel erläutert die Inhalte des Vorberichtes des Haushaltsplanes, der in Kürze auf der Internetseite der Stadt Schortens eingesehen werden kann. Seit dem Jahr 2010 habe die Stadt einen unausgeglichenen Haushalt. Dies sei zum einen der Wirtschaftskrise 2009, aber auch der Umstellung auf das „Doppische Rechnungssystem“ geschuldet gewesen.

Derzeit betrage der kumulierte Fehlbetrag von 2010 bis heute 1,4 Mio. Euro. Die Gesamtentwicklung habe sich aber in den vergangenen Jahren immer besser als die Finanzplanung abgezeichnet und es konnten Überschüsse erzielt werden.

Die Finanzplanung für 2016 weise einen Fehlbedarf von 610.000,00 € aus, der einzig und allein der Sofortabschreibung für den Teilabriss des Freizeitbades Aqua-Toll in Höhe von 772.000,00 € geschuldet sei. Ohne diese Abschreibung, so StOAR Idel, könne ein Überschuss von rund 100.000,00 € erzielt werden.

Näher geht sie auf die Entwicklung der verschiedenen Steuereinnahmen der Stadt und die Schlüsselzuweisungen ein. Die Schlüsselzuweisungen werden, so StOAR Idel, im Jahr 2016 höher als erwartet ansteigen, so dass Mindereinnahmen bei den Einkommensteueranteilen durch die Schlüsselzuweisungen entsprechend ausgeglichen werden konnten.

Des Weiteren erläutert sie die Aufwendungen der Stadt und die geplanten Ausgaben für Investitionen.

RM Ostendorf teilt mit, dass die UWG-Fraktion dem Haushalt 2016 zustimmen wird.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion in der Vergangenheit den Haushalt meistens abgelehnt habe, da die Einsparmöglichkeiten – insbesondere beim Personal – aus ihrer Sicht nicht ausgeschöpft worden seien. Diese Meinung vertrete seine Fraktion nach wie vor. Allerdings bekenne sie sich unbedingt zur Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll. Als klares Bekenntnis zum Aqua-Toll werde er dem Haushalt daher zustimmen.

RM Appel habe ihm mitgeteilt, so RM Just, dass er sich aufgrund des heutigen Sitzungsverlaufes, den er bezogen auf seinen Antrag als sehr unglücklich empfinde, bei der Abstimmung enthalten werde.

RM Just und RM Appel sind der Ansicht, dass die politische Diskussion leidet, wenn für mehrere Tagesordnungspunkte eine Nichtbefassung beschlossen wird.

RM Borkenstein teilt mit, dass die SPD-FDP Gruppe dem Haushalt zustimmen wird.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

- 1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 werden beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2017-2019 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 1 Stimmenthaltung beschlossen.

14. Vorlage des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 24.11.2015

14.1. Eigenbetrieb Stadtentwässerung Haushalt 2016, Investitionsprogramm 2017-2019 **SV-Nr. 11//1808**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Stadtentwässerung und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs, Vorsitzender des Betriebsausschusses Stadtentwässerung, berichtet, dass im Jahr 2016 ca. 1,3 Mio. Euro in die Stadtentwässerung investiert werden, u. a. 825.000,00 € für den Schmutzwasseranschluss nach Upjever und 420.000,00 € für das Speicherbecken Roffhausen.

Für die Jahre 2017 bis 2019 seien weitere Investitionen von rund 4,6 Mio. Euro geplant, u. a. für den Ausbau des Regenwasserkanals Helgolandstraße zur Verbesserung der dortigen Situation sowie die Erweiterung des Regenwasserkanals Branterei im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet.

Die Investitionen, so RM Eggerichs, würden sich u. a. durch Beiträge finanzieren, die von einem Grundstückseigentümer beim Kauf eines Grundstückes zu zahlen seien. Durch den Verkauf von Grundstücken bestehe daher die Möglichkeit, die Kreditaufnahme zu reduzieren.

Ferner würden die Kredite über die Abwassergebühren bedient. Je höher der Verbrauch liege, desto mehr würde sich der/die Bürger/-in an den Kreditkosten beteiligen. Dies bedeute, dass das Guthaben der Bürger 2018 aufgebraucht sein wird und vermutlich ab 2019 die Festsetzung einer höheren Gebühr erforderlich sein wird.

Nach aktuellem Stand könne sich der Schuldenbetrag im Abwasserbereich im Jahr 2018 auf ca. 9,7 Mio. Euro belaufen. Dies sei aber eine Zahl, die sich aufgrund der Beiträge noch ändern könne.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

- 1. Der dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2017-2019 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

15. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2015

- 15.1. Gemeindevahlleitung für die Gemeindevahl am 11. September 2016
SV-Nr. 11//1811

StOAR Berghof erläutert den Inhalt der Berichtsvorlage.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

16. Vorlagen des Planungsausschusses vom 25.11.2015

- 16.1. Feststellungsbeschluss zur zweiten Änderung des Flächennutzungsplanes **SV-Nr. 11//1791**

BOAR Kramer trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Planungsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

Die Abwägungsvorschläge werden wie vorgelegt beschlossen. Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Beschlossen wird die zweite Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schortens als Satzung und die Begründung nebst Umweltbericht.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 16.2. Bebauungsplan Nr. 125 "Klosterpark"
1. Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) und 4 (3) BauGB
 2. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 11//1771**

BOAR Kramer trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Planungsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl.I,S.2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11.06.2013 (BGBl.I,S.1548), beschließt der Rat der Stadt Schortens den Bebauungsplan Nr. 125 "Klosterpark" als Satzung, sowie die Begründung und den Umweltbericht.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 16.3. Umbenennung eines Teilstücks der Straße „Am Schwimmbad“ im Ortsteil Heidmühle **SV-Nr. 11//1797**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag des Planungsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor, der eine Benennung in „Richard-Kretschmer-Straße“ empfiehlt.

RM Labeschautzki, stellv. Vorsitzender des Planungsausschusses, führt aus, dass die SPD-FDP-Gruppe in der Fachausschusssitzung dem Vorschlag des Vereins der Gemeindebürger Ostiem, die Straße in „Richard-Kretschmer-Straße“ zu benennen, zugestimmt hat.

Ergänzend teilt er mit, dass das Freibad Heidmühle am 18. Juli 1948 offiziell in Betrieb genommen wurde. In der schwierigen Zeit kurz nach dem zweiten Weltkrieg sei die Einrichtung eines Naturfreibades für die Gemeinde Schortens ein großer Schritt gewesen.

Für die Jugend wie auch für die Wasserfreunde sollte seinerzeit etwas getan werden. Zum damaligen Zeitpunkt habe es um den See allerdings noch anders ausgesehen. Der Baggersee sei von Baracken und Nissenhütten umrahmt gewesen. Außerdem von Geräten aus der früheren Nutzung zur Sand- und Kiesgewinnung. Es sei intensive Aufbauarbeit geleistet worden. So sei es erforderlich gewesen, in den Baracken einen Kassenbereich mit Zweckräumen und eine zunächst bescheidene Wohnung für den ersten Schwimmmeister, Herrn Richard Kretschmer, und seine Familie einzurichten.

Er unterstreicht, dass Richard Kretschmer als Schwimmmeister einen maßgeblichen Anteil an der Weiterentwicklung des Freibades hatte und viele bei ihm das Schwimmen erlernt haben.

Ferner sei es durch die Eröffnung des Freibades Heidmühle zur Verlegung der DLRG Ortsgruppe Friesland mit Sitz nach Heidmühle gekommen. Erster Vorsitzender sei Herr Kretschmer geworden. Auch bei der DLRG sei er stets eine treibende Kraft bis in die 1960er-Jahre hinein gewesen.

Mit der Zustimmung zum Beschlussvorschlag wolle die SPD-FDP-Gruppe die Verdienste von Herrn Richard Kretschmer entsprechend würdigen.

RM Schwitters schließt sich im Wesentlichen ihrem Vorredner an. Sie freut sich, dass dieser Beschlussvorschlag erreicht wurde und dankt ihren Ratskolleginnen und -kollegen dafür die Chance ergriffen zu haben, dem ersten Schwimmmeister und aktiven Förderer der DLRG eine Straße zu widmen und damit posthum das Wirken von Herrn Kretschmann zum Wohle der damaligen Gemeinde Schortens zu würdigen.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die im beigefügten Lageplan dargestellte Straße „Am Schwimmbad“ wird in Richard-Kretschmer-Straße umbenannt.

Der Beschlussvorschlag wird bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

17. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 08.12.2015

17.1. Campingplatz Schortens / Jever GmbH - Übernahme der Geschäftsanteile von der Stadt Jever **SV-Nr. 11//1793**

StOAR Idel trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die Stadt Schortens übernimmt zum 01.01.2015 den ½ Geschäftsanteil der Stadt Jever an der Campingplatz Schortens / Jever GmbH in Höhe des Stammkapitals von 13.000 Euro.

Der Beschlussvorschlag wird bei 1 Gegenstimme beschlossen.

17.2. Einteilung des Wahlgebietes der Stadt Schortens in Wahlbereiche
SV-Nr. 11//1820

StOAR Berghof trägt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor.

RM Köhn beantragt im Namen der UWG und der FDP, zur Kommunalwahl am 11. September 2016 einen statt zwei Wahlbereiche zu bilden, da jede/r Bürger/-in dann die Möglichkeit hätte, den für ihn/sie in Frage kommende/n Kandidatin/Kandidaten zu wählen. Die beiden Fraktionen erhoffen sich dadurch zudem eine erhöhte Wahlbeteiligung.

RM Just schließt sich für die BfB-Fraktion dem Antrag der UWG und der FDP an. Seine Fraktion habe sich bereits vor fünf Jahren für die Bildung eines Wahlbereiches ausgesprochen. Interessanterweise sei damals sogar in der Verwaltungsvorlage festgestellt worden, dass die Bildung eines Wahlbereiches ein Demokratiegewinn sei, da dadurch jede/r Bürger/-in die Möglichkeit hätte, jede/n Kandidatin/Kandidaten zu wählen und diese Möglichkeit nicht nur auf einen Wahlbereich eingeschränkt wäre.

Insbesondere die kleinen Parteien, die in der Regel über wenige Kandidatinnen und Kandidaten verfügen, so RM Just, seien darauf angewiesen, dass ihre Persönlichkeiten im gesamten Wahlgebiet gewählt werden können.

Er halte es für politisch aner kennenswert, dass die Stadt Varel – auch seitens der großen Parteien - vor fünf Jahren den Mut hatte, einen Wahlbereich zu bilden. Die Stadt Varel sei größer als Schortens und die Größe sei kein Hinderungsgrund gewesen. Er fände es gut, wenn die großen Parteien dem Vorbild folgen und der Bildung eines großen Wahlkreises zustimmen würden.

RM Schwitters erklärt, dass die Bildung von zwei kleinen Wahlbereichen – wie bereits von RM Just geschildert – für kleinere und mittlere Parteien nachteilig wäre.

Bei der Bildung eines Wahlbereiches könne die Wählerin/der Wähler unabhängig vom Wohnort jede Kandidatin/jeden Kandidaten wählen. Außerdem könne es nur förderlich sein, dass viele demokratische Parteien und Gruppen Vertreter/-innen in den Stadtteil entsenden können. Ein weiteres Argument sei die für die Verwaltung entstehende Kosteneinsparung. Sie bittet ihre Ratskolleginnen und -kollegen, dem Antrag der UWG und der FDP zuzustimmen.

RM Borkenstein teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Seiner Ansicht nach sei es nicht korrekt, das Demokratieverständnis heute Abend so stark zu strapazieren, denn das Wahlgesetz biete die Möglichkeit, einen oder aber mehrere Wahlbereiche zu bilden.

Dagegen halten könne er, dass bei der Bildung eines Wahlbereiches, die Bürger/-innen vor Ort keine Möglichkeit bekämen, ihren Kandidaten/ihre Kandidaten zu wählen.

Den Bürger/-innen in den Stadtteilen Sillenstede, Roffhausen und Middelsfähr würde es nichts nützen, wenn die Parteien ihre Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten aus Heidmühle und Schortens auffüllen würden. Die Chance, vor Ort die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten wählen zu können, würde sich durch die Bildung mehrerer Wahlbereiche erhöhen.

Er könne, so RM Borkenstein, die Überlegungen der Antragsteller nachvollziehen, seine Fraktion sehe jedoch keine Notwendigkeit zur Bildung eines Wahlbereiches.

RM Just teilt ergänzend mit, dass die Bildung eines Wahlbereiches es auch Einzelkandidatinnen und -kandidaten erleichtern würde, in den Rat gewählt zu werden, was ja auch gewünscht sei.

RV Fischer lässt anschließend über den Antrag der UWG und der FDP, zur Kommunalwahl am 11. September 2016 einen statt zwei Wahlbereiche zu bilden, abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

Für die Gemeindewahl am 11. September 2016 werden für das Wahlgebiet der Stadt Schortens zwei Wahlbereiche gebildet. Die Wahlbereiche 1 und 2 bleiben in den bisherigen Grenzen bestehen.

Der Beschlussvorschlag mit 15 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen beschlossen.

17.3. Änderung der Geschäftsordnung des Rates **SV-Nr. 11//1822**

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 4. Änderung der Geschäftsordnung wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

17.4. Neubenennung der hinzugewählten Mitglieder für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 11//1816**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Für den Schulausschuss werden als stimmberechtigte Mitglieder des Stadtelterrates der Schulen folgende Personen benannt:

- 1. Herr Marcel Winkelmann als ordentliches Mitglied**
- 2. Frau Sylvia Wolters als Stellvertretung**

Für den Jugendausschuss der Stadt Schortens werden gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG folgende hinzugewählte Mitglieder als beratende Ausschussmitglieder aus dem Kreis des Stadtelterrates der Kindertagesstätten neu benannt:

- 1. Herr Ingbert Grimpe als ordentliches Mitglied
(unverändert)**
- 2. Frau Sandra Bouwhuis als Stellvertretung**

Die Änderungen werden so festgestellt.

18. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen geäußert.